

Innsbrucker Wohnrechtlicher Dialog (IWD)

Der von Univ.-Prof. Dr. Martin Häublein und Univ.-Prof. Dr. Andreas Vonkilch geleitete „Innsbrucker Wohnrechtliche Dialog“ (IWD) versteht sich als Plattform für einen Austausch von Wissenschaft und Praxis.

Die wohn- und immobilienrechtlichen Projekte der neuen deutschen Bundesregierung

400.000 neue Wohnungen will die neue Ampel-Koalition jährlich bauen. Zum Vergleich: die letzte Bundesregierung unter Angela Merkel kam auf etwa 300.000 Wohnungen pro Jahr. Kann diese Absichtserklärung tatsächlich in der Praxis umgesetzt werden? Der Wohnungskauf in Deutschland wird dabei immer teurer. Rechtliche Unwägbarkeiten wie Mietpreisbremse und Mietendeckel, aber auch der unzureichende soziale Wohnungsbau verhinderten bisher noch mehr Neubau an Wohnraum. Hinzu kommen Kommunen, deren Amtsstuben oft als zu langsam, zu behäbig und zu bürokratisch angesehen werden.

Vor diesem Hintergrund muss der Koalitionsvertrag gelesen und analysiert werden. Martin Kaßler geht dabei auf wohn- und immobilienrechtliche Projekte ein und nimmt eine Einordnung und erste Wertung vor. Nicht, ohne darauf hinzuweisen, was *auch* hätte im Koalitionsvertrag stehen sollen und wie die Weichen seines Erachtens zu stellen sind.

Martin Kaßler studierte auf dem 2. Bildungsweg Geschichte, Politikwissenschaften und Europäische Ethnologie an der Humboldt-Universität Berlin. Anschließend war er im Bundestag beschäftigt. Später verantwortete er in zwei Verbänden der Medienwirtschaft und der Verkehrsbranche die Bereiche Kommunikation, Marketing und Public Affairs. Seit Ende 2010 ist Martin Kaßler Geschäftsführer vom Verband der Immobilienverwalter Deutschland. Der Spitzenverband hat seinen Sitz in Berlin und vertritt mittlerweile 3.400 Mitgliedsunternehmen, welche etwa 7,6 Mio. Wohnungen verwalten.

Der Vortrag wird als **Onlineveranstaltung** durchgeführt. Informationen und der [Zugangslink](https://webconference.uibk.ac.at/b/bar-zet-mum-fli) (https://webconference.uibk.ac.at/b/bar-zet-mum-fli) finden Sie auf unserer [Homepage](https://www.uibk.ac.at/zivilrecht/forschung/wohnrecht/iwd) (https://www.uibk.ac.at/zivilrecht/forschung/wohnrecht/iwd).

Die Teilnahme ist kostenlos und frei zugänglich. Eine Anmeldung ist nicht notwendig.



Martin Kaßler, Berlin

Die wohn- und immobilienrechtlichen Projekte der neuen deutschen Bundesregierung: Bestandsaufnahme und Schlussfolgerungen

Montag, 17.01.22 18:30 Uhr
ONLINE - VERANSTALTUNG

Ansprechpartnerin:

Barbara Liebl

Institut für Zivilrecht

Tel. +43/512 507 81291 E-Mail: barbara.liebl@uibk.ac.at